

**Die deutsche Gesellschaft im Nationalsozialismus. Forschungspositionen und -perspektiven**

**Veranstalter:** Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam; University of Vermont  
**Datum, Ort:** 30.09.2013–02.10.2013, Potsdam  
**Bericht von:** Johannes Dafinger, Institut für Geschichte, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt

Auf der besprochenen Tagung stellten deutsche, britische und US-amerikanische Zeithistoriker/innen Leitkonzepte der historischen Forschung über den Nationalsozialismus auf den Prüfstand und suchten nach möglichen neuen Interpretationslinien. Im Zentrum stand die Frage nach dem Verhältnis von nationalsozialistischer Herrschaft und deutscher Gesellschaft.

DIETMAR SÜSS (Augsburg) erinnerte in seinem Beitrag an eine aus Anlass des 50. Jahrestages der Machtübertragung an die Nationalsozialisten organisierte Konferenz im Reichstag in Berlin. In einer Hinsicht ähnelte diese Konferenz der Tagung, über die hier berichtet wird: Auch im Jahr 1983, so Süß, habe man sich über das Selbstverständnis der Disziplin verständigen und die Ergebnisse der NS-Forschung festhalten wollen.

Hinsichtlich der inhaltlichen Schwerpunktsetzung unterscheiden sich die beiden Veranstaltungen jedoch stark. Die folgenden – die Potsdamer Tagung leitenden – Fragen spielten 1983 noch kaum eine Rolle: Lässt sich die NS-Geschichte als Sozialgeschichte, als europäische Verflechtungsgeschichte oder als „history of terror“ (Nikolaus Wachsmann) begreifen? War das „Dritte Reich“ eine Mobilisierungsdiktatur, eine Zustimmungsdiktatur oder in den Kriegsjahren eine Nützlichkeitsdiktatur (in der Ablehnung der Bezeichnung „Wohlfühl-diktatur“ war man sich einig)? Kann man die deutsche Gesellschaft im Nationalsozialismus als „bellizistische Arbeitsgesellschaft“ (Winfried Süß), Kriegsgesellschaft oder mit einem in den letzten Jahren viel diskutierten Begriff als „Volksgemeinschaft“ charakterisieren? Ist der Begriff „Gesellschaft“ für die NS-Zeit überhaupt angemessen oder ist er zu eng mit der „bürgerlichen Gesellschaft“ verbunden, die es im

„Dritten Reich“ nicht gegeben hat?

Will man den Wandel der geschichtswissenschaftlichen Debatte auf eine kurze Formel bringen, so kann man, wie Dietmar Süß' Vortrag nahelegte, die Jahreszahlen 1933 und 1939 bemühen: Die ältere Forschung kreiste um die Frage, wie der 30. Januar 1933 möglich geworden sei, habe also den „deutschen Sonderweg“ erklären wollen. Für die neuere Forschung bildet der Kriegsbeginn und der Mord an den Juden in Europa – dafür kann „1939“ als Chiffre stehen – den zentralen Bezugspunkt, womit die Anwendung neuer Theorien und Methoden einhergehe.

Gleichzeitig zeigten die Beiträge zur besprochenen Tagung aber auch, dass einige ältere Ansätze, die NS-Zeit zu erforschen, von der Geschichtswissenschaft aus den Augen verloren wurden, aber es wert wären, wieder aufgegriffen zu werden.

So plädierte WINFRIED SÜSS (Potsdam/Wuppertal) dafür, die Kritische Theorie der Frankfurter Schule um Max Horkheimer einer „aktualisierenden Lektüre“ zu unterziehen. Die Forschungen der nach New York ausgewanderten Frankfurter Wissenschaftler seien an ökonomischen und gesellschaftstheoretischen Fragen sowie sozialpsychologischen Erklärungsansätzen interessiert gewesen und damit methodisch offener und stärker auf die Gesellschaft fokussiert als der Mainstream der deutschen Nachkriegs-Geschichtswissenschaft. Was die Kritische Theorie über das Mischungsverhältnis von Gewalt und Selbstmobilisierung, über die Neustrukturierung sozialer Beziehungen jenseits der „klassischen“ Trennung zwischen staatlicher, gesellschaftlicher und privater Sphäre und über die an Leistungskriterien ausgerichtete Kriegsgesellschaft gesagt habe, das könne Anregung für aktuelle Debatten sein.

Zwei weitere Beiträge komplettierten das erste Panel, das unter der Überschrift „Interpretationslinien“ stand. PATRICK BERNHARD (Dublin) interessierte, warum NS-Geschichte kaum als europäische Verflechtungsgeschichte geschrieben worden sei – ein vom Kommentator SVEN REICHARDT (Konstanz) mit Verweis auf die transnationale Faschismusforschung sowie die Besatzungs-, Genozid- und Euthanasieforschung in Zwei-

---

fel gezogener Befund –, obwohl ein transnationaler Ansatz die Dynamik und beständige Radikalisierung des NS-Regimes und den Prozesscharakter nationalsozialistischer Herrschaft besser erklären helfe. Bernhards Hauptargument lautete, es werde unhinterfragt davon ausgegangen, dass der Nationalsozialismus ganz überwiegend in nationaldeutschen Traditionslinien gestanden habe. Dies übersehe aber, dass diese „Tradition“ selbst ein Konstrukt sei: Die Nationalsozialisten hätten ausländische Einflüsse bewusst verschwiegen.

JANE CAPLAN (Oxford) stellte den sozialgeschichtlichen Ansatz in der NS-Forschung vor. Ausführlich besprach sie die richtungsweisenden Arbeiten von Detlev Peukert und Tim Mason und schloss daran theoretische Überlegungen an. In Anlehnung an Eric Hobsbawm und Patrick Joyce machte sie darauf aufmerksam, dass man unter „the social history of Nazi Germany“ entweder „a history of society under National Socialism“ oder „a history of the social in National Socialism“ verstehen könne. Im zweiten Fall stelle sich aber die Frage, was „the social“ überhaupt sei; zustimmend zitierte sie Joyce mit der Aussage, dass „das Soziale“ nichts Gegebenes sei, sondern ständig neu interpretiert werden müsse.

ALAN STEINWEIS (Vermont) nahm im zweiten Panel eine im nationalsozialistischen Horizont zentrale Kategorie in den Blick, mittels derer „soziale Ordnungen“ (so der Paneltitel) hergestellt wurden: „Rasse“. Dabei betonte er, dass in der Wahrnehmung der Nationalsozialisten „Rasse“ keine Kategorie gewesen sei, sondern Realität. Die Rassenlehre sei ein Dogma gewesen, dem man nicht habe widersprechen können. Freilich sei „Rasse“ dabei nur als eines von mehreren „mutual reinforcing paradigms“ anzusehen: Das „Dritte Reich“ sei nicht nur ein „racial state“ gewesen, sondern auch ein „fascist state“, ein „Hitler state“, ein „fordist state“, etc. Und gerade der Mix aus modernen und vormodernen Komponenten, die sich gegenseitig verstärkten, habe die Anziehungskraft der nationalsozialistischen Ideologie auf so viele Deutsche und Nicht-Deutsche ausgemacht.

FRANK BAJOHR (München) hob anschließend das analytische Potential des Begriffs

„Zustimmungsdiktatur“ hervor. Der Begriff beschreibe, wie BERNHARD GOTTO (München) in seinem Kommentar bemerkte, das Verhältnis Einzelner zu einer bestimmten sozialen Ordnung (nicht aber diese Ordnung selbst). Bajohr hielt freilich die durch den Begriff ausgedrückte Dialektik selbst für ein Merkmal des Nationalsozialismus bzw. Faschismus: Die Kombination von Zustimmung und Begeisterung auf der einen Seite und Zwang und Gewalt („Diktatur“) auf der anderen Seite charakterisiere die nationalsozialistische Herrschaftsordnung und die Hybridität faschistischer Herrschaft sehr gut. Gleichwohl habe die Erklärungskraft des Begriffs Grenzen. Eine Differenzierung schlug MALTE THIESEN (Oldenburg) in seinem Vortrag vor: Man könne nur bis 1941/42 von einer „Zustimmungsdiktatur“ sprechen. Ab 1942 sei „Nützlichkeitsdiktatur“ passender. Das Eigeninteresse der Menschen sei ab diesem Zeitpunkt dominant geworden. Wie schon Thießen vor ihm argumentierte auch Thießen, dass dieses Eigeninteresse aber auch funktional gewesen sei und die erstaunliche Mobilisierungskraft des Regimes noch in der letzten Kriegsphase miterklären könne.

Für das „Funktionieren“ der Kriegsgesellschaft bis zur endgültigen Niederlage 1945 gab Thießen noch eine weitere Erklärung: die räumliche Differenzierung der Kriegsgesellschaft. Präziser müsse man von Gesellschaften im Plural sprechen, denn Gemeinschaftsdiskurse und Lebensverhältnisse hätten je nach Region ganz unterschiedliche Formen angenommen. Diese regionale Vielfalt habe es erlaubt, bestehende regionale Traditionen, Milieus und Strukturen in die „Volksgemeinschafts“-Ideologie zu integrieren, was wiederum stabilisierend und hinsichtlich der Kriegswirtschaft mobilisierend gewirkt habe.

RICHARD BESSEL (York) gab in seinem Kommentar zu bedenken, dass die „Volksgemeinschaft“ am Ende des Krieges möglicherweise keine *nationalsozialistische* Volksgemeinschaft mehr gewesen sei. Der „Kitt“ der „Volksgemeinschaft“ in den letzten Kriegsmonaten könnte stattdessen Nationalismus gewesen sein. Dieser Punkt wurde in der Diskussion wiederholt aufgegriffen. So erinnerte Dieter Pohl an Lutz Raphaels Anregung, den

Nationalsozialismus als „diskursives Feld“ zu begreifen, in dem sich faschistische, völkische und natürlich auch nationalistische Positionen finden ließen. Es habe in diesem Sinne einen „nationalsozialistischen Nationalismus“ gegeben, der Teile der deutschen Gesellschaft in die (eine) nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ integriert habe.

Als letzte Referentin in diesem Panel fragte ELIZABETH HARVEY (Nottingham) nach der Stellung und der Rolle von Frauen in der „Volksgemeinschaft“. In der nationalsozialistischen Inszenierung seien sie im Laufe der Zeit stärker als Teil der „Volksgemeinschaft“ präsentiert worden. Und im Kriegsalltag sei die „Volksgemeinschaft“ durch die Tätigkeit von Frauen in den diversen NS-Hilfsorganisationen überhaupt erst „sichtbar“ geworden bzw. geblieben.

Ohne den Begriff „Volksgemeinschaft“ kommt eine Geschichtsschreibung aus, die den Nationalsozialismus als „a history of terror“ in den Blick nimmt, wie es NIKOLAUS WACHSMANN (London) im Panel „Verfolgung“ tat. Die deutsche Gesellschaft werde unter diesem Blickwinkel durch die Kategorien Täter – Opfer – Zuschauer (*bystanders*) strukturiert. Wachsmann rekapitulierte die Entwicklung der Täterforschung und der Opferforschung seit 1945. Beide Forschungsstränge hätten sich stark ausdifferenziert. Es fehlten jedoch integrierende Studien des nationalsozialistischen Gewaltregimes.

Die Kategorien Täter – Opfer – Zuschauer hielt TATJANA TÖNSMEYER (Wuppertal/Essen) für hinderlich für die Erforschung des Alltags in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten. Denn die Menschen in den besetzten Gebieten – insbesondere in Osteuropa – kämen in Darstellungen, die dem Täter-Opfer-Zuschauer-Ansatz verpflichtet sind, nur als Opfer vor. Tönsmeier schlug stattdessen vor, davon auszugehen, dass die Hierarchisierungen des deutschen „racial state“ sowie das Leistungs- und Nützlichkeitsdenken der Nationalsozialisten auch in den besetzten Gebieten zu gesellschaftlichen Relevanzsystemen geworden seien, zu denen sich die „lokalen Anwesenheitsgesellschaften“ (in denen Frauen, Kinder und alte Menschen überproportional vertreten gewesen seien) zu verhalten gehabt hätten.

DIETER POHL (Klagenfurt) zeigte sich in seinem Kommentar skeptisch, ob dieser Ansatz der Besatzungsrealität gerecht werden könne. Die „Anwesenheitsgesellschaften“ müssten ja auch die deutschen Besatzer umfassen, die nahe an der Kriegsfrost 50 Prozent der Bevölkerung ausgemacht hätten. Diese hätten politisch und kulturell klar dominiert. Nicht überzeugt war Pohl darüber hinaus auch vom Ansatz Wachsmanns, NS-Geschichte als Terror-Geschichte zu schreiben: „Kalkulierte Morde“ (Christian Gerlach) seien etwas anderes als Terror (auch wenn sie mit Terror verbunden gewesen seien).

Der Beitrag von CHRISTIANE KULLER (Erfurt) knüpfte an die Diskussion über das Schema Täter-Opfer-Zuschauer an. Sie betonte, dass die Täter, die Zuschauer und auch die Opfer als Teil der nationalsozialistischen Gesellschaft zu betrachten seien. Dies impliziere einen weiteren Gesellschaftsbegriff als denjenigen, der dem Konzept der „Volksgemeinschaft“ zugrunde liege. Der Vorteil eines solchen weiten Gesellschaftsbegriffs sei, dass er die sozialen Bezüge, die zwischen allen Gruppen der Gesellschaft bestanden hätten, sichtbar mache. Historische Darstellungen der Verfolgung im „Dritten Reich“ sollten sich daher bemühen, die gesamte Gesellschaft abzubilden.

SYBILLE STEINBACHER (Wien) unterschied zwischen Holocaustforschung und NS-Forschung und führte aus, wie sie sich gegenseitig beeinflussten. So sei beispielsweise durch die Holocaust Studies die Aufmerksamkeit für die Bedeutung der NS-Ideologie für die Politik der Nationalsozialisten gewachsen. In der allgemeinen NS-Forschung bereits angekommen, in der Holocaustforschung jedoch noch nicht, seien kulturgeschichtliche Ansätze.

Das letzte Panel der Konferenz stand unter der Überschrift „Mobilisierung“. Darin wurde das Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft noch einmal von der anderen Seite betrachtet: Während mit Begriffen wie „Zustimmungsdiktatur“ und „Nützlichkeitsdiktatur“ semantisch die Seite der Gesellschaft eingenommen wurde, hat der Begriff „Mobilisierungsdiktatur“, den THOMAS SCHAARSCHMIDT (Potsdam) in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellte, die Anstrengungen

---

des Regimes im Blick, die Menschen dazu zu bringen, ihre Leistungskraft oder ihre materiellen Ressourcen für vorgegebene Ziele zur Verfügung zu stellen. Das NS-Regime habe den Deutschen Höchstleistungen bei gleichzeitigem Konsumverzicht „abverlangt“ – und sei damit bei den Deutschen auf offene Ohren gestoßen. Vielfach hätten sie sich auch „selbstmobilisiert“, ohne dass es einer Aufforderung (in Form von Anreizen oder Drohungen durch das Regime) bedurft hätte.

Der Beitrag von RÜDIGER HACHTMANN (Potsdam) behandelte eine Mobilisierungsmethode und ein Mobilisierungsziel des „Dritten Reiches“ in einem: die Verwendung einer NS-spezifischen Form des Fordismus zur Ankurbelung von Massenfertigung und bis Kriegsbeginn auch von Massenkonsum sowie zur Schaffung eines neuen – fordistischen – Arbeitertypus'. Das NS-Regime habe zentrale fordistische Ideen übernommen, jedoch zu einem Kriegsfordismus weiterentwickelt, der typisch für den Nationalsozialismus gewesen sei.

Die Abschlussdiskussion, die durch Schlusskommentare von GEOFFREY GILES (Gainesville) und NORBERT FREI (Jena) eingeleitet wurde, konzentrierte sich auf zwei Fragekomplexe.

Erstens: Giles unterstrich Patrick Bernhards Forderung, dass die NS-Forschung transnationale Beziehungen stärker berücksichtigen und das „Dritte Reich“ mit anderen Ländern vergleichen solle, um das NS-System und seine Entwicklung besser zu verstehen. Frei war dagegen skeptisch, ob die Analyse transnationaler Netzwerke erhellend sein könne. Das Spezifische des nationalsozialistischen „Lernens“ vom Ausland habe im Ignorieren, Verweigern und Ausblenden bestanden: Das Nicht-Gelernte sage mehr über das NS-System aus als das Gelernte.

Zweitens: Frei griff den Titel der Veranstaltung auf und brachte zum Ausdruck, dass er die Verwendung des Begriffs „Gesellschaft“ in der NS-Forschung für problematisch halte. Eine Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus sei notwendig und legitim. Falsch sei es aber, die vermeintliche Existenz einer (bürgerlichen) Gesellschaft im „Dritten Reich“ anzuerkennen; eine solche habe es während Hitlers Diktatur nicht gegeben. Win-

fried Süß und Jane Caplan plädierten als Antwort darauf dafür, den Begriff „Gesellschaft“ nicht mit „bürgerlicher Gesellschaft“ gleichzusetzen. Sie wollen auf die Verwendung des Gesellschafts-Begriffs in der NS-Forschung nicht verzichten. Winfried Süß regte an, künftig Gesellschaft weniger als System sozialer Sphären (zum Beispiel öffentlich/privat) zu denken, sondern als durch den Nationalsozialismus radikal verändertes System sozialer Beziehungen.

Die Tagung zeigte, dass dank der ertragreichen Forschungen der letzten Jahrzehnte die Mechanismen der Integration der deutschen Gesellschaft in das NS-System, trotz allen Streits über Wirkungsanteile, gut verstanden sind. Die entwickelten Theoriemodelle greifen allerdings nur bedingt, wenn man den Blick über die deutsche Gesellschaft hinaus weitet. Die Beiträge von Patrick Bernhard und Tatjana Tönsmeier brachten in dieser Hinsicht Forschungsdefizite zur Sprache. Außerdem besteht noch erhebliches Potential für gesellschafts- und sozialgeschichtliche Forschung zum „Dritten Reich“, die, wie es Winfried Süß in seinem Beitrag formulierte, „Herrschaft und Gesellschaft konsequent aufeinander bezieht“. Die überlegt kombinierten Tagungsbeiträge und die konzentrierten Diskussionen haben also, wie von den Organisator/innen beabsichtigt, Forschungspositionen bestimmt sowie Forschungsperspektiven aufgezeigt und damit den Anspruch, mit der Tagung neuen Schwung in die Fachdebatten zu bringen, hervorragend eingelöst.

#### **Konferenzübersicht:**

##### *Begrüßung*

Frank Bösch, Thomas Schaarschmidt (beide Potsdam) und Alan Steinweis (Vermont)

##### *Panel 1 – Interpretationslinien*

Moderation: Geoffrey Giles (Gainesville)

Winfried Süß (Potsdam/Wuppertal): Im Land des Behemoth – Kritische Theorie und Nationalsozialismus

Patrick Bernhard (Dublin): NS-Geschichte als europäische Verflechtungsgeschichte

Kommentar: Sven Reichardt (Konstanz)

Dietmar Süß (Augsburg): 1933 und 1939 als

Fluchtpunkte der Interpretation

nesville)

Jane Caplan (Oxford): NS-Geschichte als Sozialgeschichte

*Abschlussdiskussion*

Kommentar: Ulrich Herbert (Freiburg)

Tagungsbericht *Die deutsche Gesellschaft im Nationalsozialismus. Forschungspositionen und -perspektiven*. 30.09.2013–02.10.2013, Potsdam, in: H-Soz-Kult 02.12.2013.

*Panel 2 – Soziale Ordnungen*

Moderation: Martina Steber (München)

Alan Steinweis (Vermont): Racism as a Social Paradigm in Nazi Germany

Frank Bajohr (München): Zustimmungsdiktatur

Kommentar: Bernhard Gotto (München)

Malte Thießen (Oldenburg): Kriegsgesellschaft

Elizabeth Harvey (Nottingham): Geschlechterordnung und „Volksgemeinschaft“

Kommentar: Richard Bessel (York)

*Panel 3 – Verfolgung*

Moderation: Andrea Löw (München)

Nikolaus Wachsmann (London): Nazi History as a History of Terror

Tatjana Tönsmeier (Wuppertal/Essen): Die andere Seite. Eine Alltags- und Erfahrungsgeschichte der deutschen Besatzung

Kommentar: Dieter Pohl (Klagenfurt)

Christiane Kuller (Erfurt): Verfolgung als gesellschaftlicher Prozess

Sybille Steinbacher (Wien): Holocaustforschung und NS-Geschichte

Kommentar: Wolf Gruner (Los Angeles)

*Panel 4 – Mobilisierung*

Moderation: Susanna Schrafstetter (Vermont)

Thomas Schaarschmidt (Potsdam): Die mobilisierte Gesellschaft

Rüdiger Hachtmann (Potsdam): Kriegsfordismus – das „Dritte Reich“ als Arbeitsgesellschaft

Kommentar: Alfred Mierzejewski (Denton/TX)

*Schlusskommentare*

Norbert Frei (Jena) und Geoffrey Giles (Gai-